Osnabrücker Memorandum
Verantwortung für die „Eine Welt“ zwingt zum Handeln auch im eigenen Interesse

Mohssen Massarrat/György Széll/Hans-Joachim Wenzel

Die ökonomischen, sozialen und ökologischen Probleme des Nord–Süd–Konfliktes werden für den Norden und den Süden von Jahr zu Jahr spürbarer, sie spitzen sich unaufhaltsam zu. Über eine Milliarde Menschen des Südens leben unter dem Existenzminimum. Sie sind durch Hunger, durch Verbreitung von Seuchen, durch Naturkatastrophen und Kriege am stärksten betroffen. Jahrhunderte lang hat sich der Norden in Verfolgung eigener Interessen in den Süden ausgedehnt. Heute kehrt sich diese Bewegung um; die Industrienationen spüren ihrerseits immer deutlicher und hautnah die Folgen ihrer eigenen Expansion. Kriege im Süden, die durch Waffenexporte aus dem Norden erst möglich gemacht wurden, Umweltzerstörungen, die das Industriesystem des Nordens auch im Süden verursacht hat, das wachsende Nord–Süd–Wohlstandsgefälle, das zum großen Teil durch Ausbeutung des Südens entstand: dies sind die Hauptursachen einer Migrationsbewegung von Süd nach Nord, die viele als Bedrohung empfinden. Millionen von Menschen sehen keine andere Alternative, als den unerträglichen Umständen ihres Lebens zu entfliehen, die Strapazen von Migration und Flucht und gleichzeitig die Risiken der Entwurzelung, die Erniedrigung der eigenen Würde und eine ungewisse Zukunft auf sich zu nehmen. Die Fundamente eines auf Ungleichheiten beruhenden Systems mit einigen wenigen Wohlstandsinseln zeigen Risse: Die Folgen der zwangsläufigen Instabilität von "one world with two life styles" werden zunehmend auch im reichen Norden spürbar. Armut benötigt keinen Pass, um in Form von Migration die internationalen Grenzen zu passieren. Weder die Einschränkung bzw. Abschaffung von Rechtsprivilegien noch eine kontrollierte Einwanderungspolitik können allein die durch die weltweite Migrationsbewegung entstandenen Probleme im Süden wie im Norden bewältigen. Die Überwindung der Mauer mitten in Europa war ein historischer Sieg über Diktatur und Bevormundung. Diese Mauer darf nicht durch eine Festung um ganz Europa ersetzt und die demokratischen Errungenschaften dürfen nicht preisgegeben werden. Die akuten und teilweise auch dramatischen Probleme des Südens sind längst nicht mehr Probleme allein dieser Region, sondern sie berühren ebenso wie die grenzüberschreitenden Umweltzerstörungen die (Überlebens)Interessen der Menschheit.

Das System der zentralistischen Planwirtschaften scheiterte an der mangelnden demokratischen Kontrolle sowie an den ökonomischen und ökologischen Herausforderungen der Gegenwart. Wir bezweifeln jedoch, ob die real existierende Marktwirtschaft zur Bewältigung von globalen Umwelt– und Nord–Süd–Problemen eine tragfähige Alternative darstellt. Schließlich hat gerade dieses Wirtschaftssystem ein Industrie– und Konsummodell geschaffen, das zur Entstehung von globalen Umweltzerstörungen in Form des Treibhauseffektes, der Ausdünnung der Ozonschicht, der Abnahme der Artenvielfalt, des dramatischen weltweiten Rückgangs der Waldbestände, der Erschöpfung von natürlichen Res-

sourcen, der Vertreibung von Ureinwohnern aus ihrer vertrauten Umgebung und Zerstörung ihrer Kulturen sowie der zunehmenden Meeresverschmutzung entscheidend beigetragen hat. Die Industrienationen des Nordens mit einem Fünftel der Weltbevölkerung verbrauchen ca. vier Fünftel der Ressourcen. Sie verursachen gleichzeitig zwei Drittel der Treibhausgase und der Abgase, die sauren Regen erzeugen; sie setzen zu 100% die Ozonschicht gefährdende Gase frei und produzieren den größten Teil des weltweiten Gift– und Nuklearmülls. Dieses Wachstums– und Konsummodell hat selbst für das reiche Fünftel der Weltbevölkerung im Norden längst seine Grenzen erreicht. Erst recht kann es nicht auf den Süden mit vier Fünfteln der Weltbevölkerung übertragen werden. Das westliche Wachstumsmodell führt in eine Sackgasse, an deren Ende es keine Wendemöglichkeit mehr gibt. Nur grundlegende Reformen unseres Industrie– und Konsummodells, verbunden mit einer Veränderung unseres Wertesystems können zukünftig eine noch gefährlichere Entwicklung stoppen. Ohne zu übertreiben und falschem Pathos das Wort zu reden, stehen wir an einem historischen Wendepunkt. Nach dem Ende der Konfrontation zwischen Kapitalismus und Kommunismus steht heute das Überleben der Menschheit auf der Tagesordnung. Wer die Dramatik der gegenwärtigen Herausforderungen im Weltmaßstab ignoriert, wird entweder seiner politischen und ethischen Verantwortung nicht gerecht, oder nimmt bewusst ökologische und soziale Katastrophen nicht nur im Süden, sondern auch im Norden in Kauf.

Nachhaltige Entwicklung

im Sinne einer ökonomisch, ökologisch, sozial, kulturell und politisch tragfähigen Entwicklung muss im Süden wie im Norden beginnen. Der Norden trägt die Hauptverantwortung für die globale Umweltzerstörung und Ressourcenverschwendung. Deshalb muss er auch die Hauptlast für dringend erforderliche globale Veränderungen übernehmen. Darauf haben Vertreter des Südens auf der ersten UN–Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro zu Recht hingewiesen. Der Norden lebt auf Kosten des Südens und der künftigen Generationen von den erschöpfbaren Ressourcen unseres Planeten. Industrie und Landwirtschaft des Nordens schädigen die Umwelt in zum Teil irreversibler Form. Das Industrie– und Konsummodell des Nordens verletzt damit in eklatanter Weise das ökonomische Rationalitätsprinzip, das gebietet, vom Ertrag, statt von der Substanz zu leben. Es muss dergestalt umgebaut werden, dass nicht länger die Substanz, sondern der Ertrag von Ressourcenpotentialen zur Grundlage unserer Konsumbedürfnisse wird. Nachhaltige Entwicklung erfordert auch, die Armutsprozesse in der Dritten Welt zu stoppen und ihre Ursachen zu beseitigen. Es besteht ein unlöslicher Zusammenhang zwischen Überfluss und Ressourcenverschwendung auf der einen und sozialer Marginalisierung und Umweltzerstörung auf der anderen Seite.

Ein nachhaltiger Entwicklungsweg setzt voraus, dass alle Umweltfolgekosten internalisiert werden und dass der Verbrauch von erschöpfbaren Rohstoffen und Energien drastisch verlangsamt und die Nutzung von erneuerbaren Ressourcen ausgeweitet wird. Dabei dürfte selbstverständlich die ökologische Umgestaltung des Nordens weder direkt noch verschleiert auf Kosten des Südens erfolgen. Im Interesse der Menschen in Nord und Süd und

im Interesse von künftigen Generationen halten wir es jedoch für unvermeidlich, globale Obergrenzen für die Nutzung von natürlichen Ressourcen und die Abgabe von Emissionen festzulegen und deren gerechte Verteilung international zu vereinbaren. Der hierfür erforderliche globale Konsens unterstreicht, wie dringend eine Akzeptanzerhöhung der Vereinten Nationen als Regulierungsinstanz und eine Demokratisierung ihrer Strukturen und Gleichstellung aller Mitgliedsstaaten auch im Interesse von ökologischen Überlebensstrategien der Menschheit geworden ist. Beim Umbau der eigenen Wirtschaft haben die Industrieländer voran zu gehen. Nur so können sie die moralische Legitimation und Glaubwürdigkeit gewinnen, um die Länder des Südens zu einer ökologisch und gesellschaftlich dauerhaften Entwicklungsstrategie aufzufordern. Es ist eine ungeheure Anmaßung, wenn wir von den Ländern des Südens verlangen, sie mögen "unsere" Regenwälder schützen, selbst aber im Norden neben dem ersten Auto selbstverständlich das Zweit– und Drittauto anschaffen.

Die relative Überbevölkerung des Südens stellt in zahlreichen Ländern des Südens ein ernstzunehmendes Problem dar, das nicht verharmlost werden darf. Sie verstärkt nicht nur die Armut und den Raubbau an der Natur, sondern blockiert auch den Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung. Dennoch kann die Überbevölkerung grundsätzlich durch eine sozial gerechtere Einkommensverteilung und bevölkerungspolitische Maßnahmen beeinflusst und gebremst werden, sofern gleichzeitig das wirtschaftliche Los und der Ausbildungsstand der Frauen nachhaltig verbessert werden und Frauen an der Gestaltung der Familien– und Bevölkerungspolitik entscheidend mitwirken. Die Überbewertung des Problems und die Beschwörung der sogenannten Bevölkerungsexplosion lenkt in der öffentlichen Diskussion häufig davon ab, dass die Zerstörung des Planeten nicht der südlichen Hemisphäre mit einem starken Bevölkerungszuwachs, sondern vor allem der nördlichen mit einem expandierenden Konsumzuwachs anzulasten ist.

Die unfreiwillige Entwicklungshilfe des Südens an den Norden

muss gestoppt werden. Der Süden verliert laut UNDP gegenwärtig vor allem durch ungleiche Partnerschaft, durch eingeschränkten Zugang zu den Weltmärkten und durch Nettotransfer infolge der Verschuldung jährlich ca. 500 Mrd. US–Dollar an den Norden. Im Verhältnis dazu ist die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe des Nordens an den Süden von 50 Mrd. US–Dollar zu vernachlässigen. Der Süden ist somit nicht ein Nehmer, sondern ein bedeutender Geber in der Weltwirtschaft. Die 500 Mrd. US–Dollar Verluste des Südens entsprechen lediglich ca. 3% des gesamten Sozialprodukts des Nordens, so dass dieser auch dank der eigenen Wirtschaftskraft auf den unfreiwilligen Ressourcentransfer des Südens ohne dramatische Folgen verzichten könnte. Dagegen dürfte dieser Betrag, der rd. 15% des Sozialprodukts des Südens entspricht, eine entscheidende Finanzquelle für eine nachhaltige Entwicklung im Süden sein. Somit ist es viel dringender, den Ressourcenabzug von Süd nach Nord zu unterbinden und eine weitgehende Entschuldung durchzuführen, als Scheindebatten über eine vernachlässigbare Anhebung der Entwicklungshilfe zu führen. Hierzu muss der Norden bereit sein, seine Privilegien in den weltwirtschaftlichen Beziehungen aufzugeben und Rahmenbedingungen für einen partnerschaftlichen Austausch von Waren, Dienstleistungen,

Informationen, wissenschaftlichen Erkenntnissen und Erfahrungen in allen Bereichen zu schaffen:

- Die Industrienationen des Nordens, insbesondere die EG, müssen ihren Protektionismus gegenüber Waren und Dienstleistungen aus dem Süden überwinden und den ungehinderten Zugang zu ihren Märkten fördern. Es ist anmaßend und unglaubwürdig, vom Süden eine strukturelle Anpassung an die Weltmarktbedingungen (u.a. Abbau von Handelsschranken, Konvertierbarkeit von Währungen, freien Zugang für Waren und Kapital aus dem Norden) zu fordern, selbst aber – beispielsweise durch die Abschottung der eigenen Agrarmärkte – genau die gegenteilige Politik gegenüber dem Süden zu verfolgen.
- Die Industrienationen des Nordens müssen alle Maßnahmen unterbinden, die die Länder des Südens zum Überangebot ihrer Rohstoffe auf den Weltmärkten treiben oder gar zwingen. Andauernde Überproduktion ist zum einen die Hauptursache für Rohstoff–Dumpingpreise und sinkende Einnahmen des Südens und für verschwenderischen Konsum im Norden. Sie verstärkt zum anderen den Raubbau an den erschöpfbaren Ressourcen und landwirtschaftlichen Nutzflächen und führt letztlich zur Verstärkung ökonomischer Ungleichgewichte und zu globalen Umweltbelastungen. Andauernde Überproduktion widerspricht somit diametral den Bedingungen einer nachhaltigen Entwicklungsstrategie. Eine Abkehr von dieser widersinnigen Realität setzt voraus, dass direkte und indirekte Subventionierungen der Exportförderung für mineralische Rohstoffe, Energie und agrarische Rohstoffe im Norden wie im Süden unterbleiben. Auch der Internationale Währungsfonds (IWF) muss sich von seiner Politik der Exportförderung, zu der er die Rohstoffe produzierenden Länder des Südens unter dem Deckmantel von "Strukturanpassung" geradezu zwingt, verabschieden. Die Industrienationen und die Weltbank müssen bereit sein, in den Ländern des Südens den Überproduktions– und Exportförderungsdruck durch eine verantwortungsvolle Kreditpolitik und Schuldenstreichungen abzubauen. Die durch die Verschuldung verursachten Belastungen sind für mehrere Länder des Südens zu einer Überlebensfrage geworden. Sie führen auf der einen Seite zur Streichung von sinnvollen Projekten, sozialpolitischen Programmen, dringenden Umweltschutzmaßnahmen und verschärfen auf der anderen Seite den Raubbau an der Natur und letztlich soziale Konflikte sowie Migrationsbewegungen. Auch aus diesen Gründen steht eine umfassende Entschuldung des Südens durch den Norden auf der Tagesordnung.
- Partnerschaft zwischen Nord und Süd in den weltwirtschaftlichen Beziehungen ist aber ohne eine grundlegende Änderung der Politik von internationalen Institutionen wie der Weltbank, des IWF und des GATT nicht denkbar. Diese Institutionen verfestigen durch ihre gegenwärtige Politik die asymmetrischen Handelsstrukturen, sanktionieren die Privilegien der Industrienationen und behindern einen chancengleichen Handel. Ein derartiger Handel bedeutet wesentlich mehr als freie Notierungen an Börsen und Aktienmärkten. Das Gewicht des Südens in den internationalen Institutionen muss dergestalt gestärkt werden, dass beispielsweise der IWF und die Weltbank nicht nur die Staaten des Südens, sondern auch die Industrienationen des Nordens durch kreditpolitische Maßnahmen zur ökonomischen Anpassung und Herstellung von Voraussetzungen für den freien Handel zwingen können. Diese Institutionen dürfen auch nicht länger durch den Norden zur eigenen Bereicherung

instrumentalisiert werden; nur so können sie das zu Recht bestehende Misstrauen des Südens abbauen und ihre Akzeptanz erhöhen. Die Strukturanpassungspolitik von IWF und Weltbank gegenüber den Staaten des Südens muss daher neu formuliert werden. Sie muss auf die Besonderheiten einzelner Staaten ausgerichtet und sozial ausgewogen sein, und sie muss vor allen Dingen auch den Kriterien der nachhaltigen Entwicklungsstrategie voll Rechnung tragen. Zu den notwendigen Reformen im Sinne von partnerschaftlichen Beziehungen in der Weltwirtschaft gehören auch die Abschaffung von einseitig auf den Norden ausgerichteten Institutionen und die Stärkung und Demokratisierung der UN–Konferenzen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) sowie für Umwelt und Entwicklung (UNCED). Stabile ökologische und ökonomische Austauschbeziehungen zwischen den Regionen der Erde sind nur dann denkbar, wenn die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen sich im Wesentlichen an den regional verfügbaren natürlichen Ressourcen, an den eigenen materiellen und geistigen Potentialen und kulturellen Werten orientiert. Es muss verhindert werden, dass der weiterhin notwendige Austausch von Gütern, Technologien, Wissen und Ideen zwischen den Regionen zu neuen Ungleichheiten führt. Austausch und Ausgleich müssen zu sich ergänzenden Prinzipien von vielschichtigen regionalen Beziehungen der "Einen Welt" werden. Zu diesem Zweck kommt eine demokratisch verfasste, ökologisch und sozial bestimmte Welt ohne wirksame Regulierung auf globaler und regionaler Ebene nicht aus.

Nord-Süd-Entwicklungszusammenarbeit

wird mittelfristig auch in einer Weltwirtschaft mit partnerschaftlichen Beziehungen nicht überflüssig werden. Viele Staaten des Südens werden auch dann aus vielfältigen Gründen – etwa wegen des Mangels an Technologie, der natürlichen Umwelt– und Standortnachteile und kriegerischer Auseinandersetzungen – nicht in der Lage sein, aus eigener Kraft die Massenarmut zu bekämpfen sowie aktiven Umweltschutz zu betreiben. Bilaterale und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit kann hier und darüber hinaus eine wichtige Funktion übernehmen. Voraussetzung dafür ist jedoch der endgültige Verzicht, die Entwicklungshilfe als Instrument im Wettkampf der Systeme und zur geopolitischen Einflussnahme einzusetzen. Nach der Überwindung der Blockkonfrontation sind die Chancen für die Entpolitisierung der Entwicklungszusammenarbeit tatsächlich gestiegen. Die Industrienationen müssen – nicht zuletzt auch aus eigenen langfristigen Interessen – bereit sein, darauf zu verzichten, dass die Entwicklungszusammenarbeit kurzfristigen Interessen der Geber und kurzsichtigen, rein wachstumsorientierten Interessen der Nehmer untergeordnet wird. Die Entwicklungs– und die Umweltpolitik müssen in allen Politikbereichen größeres politisches Gewicht erhalten. Die Auswirkungen von außenwirtschaftlichen Beziehungen mit den Staaten des Südens müssen auf ihre Verträglichkeit im Sinne einer ökologisch und sozial tragfähigen Entwicklung überprüft werden. Die Regierungen müssen verpflichtet werden, darüber den Parlamenten regelmäßig Bericht zu erstatten. Es ist inakzeptabel, dass der Landwirtschaftsminister mit seiner EG–Agrarpolitik Millionen von Bauern im Süden erheblichen Schaden zufügt, während der Minister für Entwicklungszusammenarbeit die Alibirolle übernimmt, mit Kleinbauernprojekten einen Teil des Schadens wieder zu beheben.

Die Entwicklungszusammenarbeit darf nicht auf monetäre Beziehungen reduziert werden. Sie darf auch nicht eine Nehmermentalität hervorrufen, die eine Entfaltung eigener Fähigkeiten und Mobilisierung eigener Ressourcen nicht fördert, sondern blockiert. Nehmermentalität konterkariert alle Formen nachhaltiger Entwicklungsstrategien. Die Entfaltung der eigenen Fähigkeiten und Potentiale ist die soziale Grundvoraussetzung einer nachhaltigen Entwicklung, genauso wie die permanente Regeneration der Natur die ökologische Grundbedingung dieser Entwicklungsstrategie ist.

Die Entwicklungszusammenarbeit muss ferner entbürokratisiert und demokratisiert werden. Dazu ist es u.a. erforderlich, die entwicklungspolitischen Kompetenzen der basisnahen Einrichtungen und Initiativen in Ländern und Kommunen erheblich auszuweiten. Städtepartnerschaften, Partnerschaften zwischen Bildungseinrichtungen, sozialen und kulturellen Projekten auf kommunaler Ebene mit ihren "Counterparts" des Südens müssen stärker als bisher gefördert und zu einem integralen Bestandteil der Entwicklungszusammenarbeit werden. Nur durch die direkte Begegnung von Menschen aus Nord und Süd, durch einen direkten Austausch von Lebenserfahrungen können Vorurteile abgebaut und das Bewusstsein und die Verantwortung für die "Eine–Welt" auf einer tragfähigen Grundlage geschaffen und gestärkt werden. Bei der Umgestaltung von Politik und Strukturen der Entwicklungszusammenarbeit muss den Nichtregierungsorganisationen die Möglichkeit zur umfassenden Mitbestimmung gewährt werden.

Frieden, Demokratie, Gerechtigkeit, Umwelt und Entwicklung

müssen zu Eckpfeilern einer Neuordnung von globalen Beziehungen werden. Frieden ist die Voraussetzung für aktiven Umweltschutz, Bekämpfung der Armut, nachhaltige Entwicklung, Respektierung von Menschenrechten und Demokratisierung der Verhältnisse. Krieg verhindert positive Veränderungen und zerstört die Basis eines menschenwürdigen Zusammenlebens von Generationen.

Die Kriegsursachen sind sehr vielfältig. Ethnische Konflikte, Nationalismus, knappe Ressourcen, Grenzstreitigkeiten resultieren aus historisch zum Teil weit zurückreichenden Zusammenhängen und können kurzfristig nicht beseitigt werden. Sie könnten, müssten aber nicht zwangsläufig zum Krieg führen. Erst die Anhäufung von Waffen macht die Konflikte zu einem explosiven Gemisch. Die Kriege im ehemaligen Jugoslawien, in Afghanistan, in Somalia, in Äthiopien, in Angola, Mozambique, im Mittleren und Nahen Osten belegen dies. Diese Kriege wurden und werden primär nicht wegen ethnischer Konflikte, wegen Ideologien oder wegen Grenzstreitigkeiten geführt, sondern weil in diesen Ländern umfangreiche Waffenpotentiale angehäuft wurden und weil Ost und West über Jahrzehnte ihre internationalen Bündnisse durch umfangreiche Waffenexporte, durch das Schüren von Rivalitäten und die Instrumentalisierung von korrupten Eliten zementiert haben. Die Industrienationen müssen ihre Waffenexporte in den Süden unverzüglich unterbinden und darauf einwirken, dass auch Süd–Süd–Waffenexporte unterbleiben. Es ist heute dringender denn je zu entmilitarisieren, die Rüstungsproduktion drastisch einzuschränken und die Herstellung von Massenvernichtungsmitteln und schweren Waffen generell zu ächten. Die

Friedensdividende nach dem Ende der Blockkonfrontation muss für die nachhaltige Entwicklung im Süden verfügbar gemacht werden.
Militärische Intervention von außen ist ein untaugliches Mittel, um Kriege zu beenden und dauerhaften Frieden zu schaffen. Schwerwiegende Menschenrechts– und Völkerrechtsverletzungen sowie Bürgerkriege müssen durch umfassende wirksame Sanktionen ohne Gewaltanwendung gestoppt werden. Langfristige ökonomische, sozialpsychologische und ökologische Schäden von militärischen Interventionen gegen Willkür und Gewalt eines Staates und das Risiko, den Tod unzähliger Menschen in Kauf zu nehmen, überwiegen – wie der zweite Golfkrieg belegt – bei weitem die Vorteile der vermeintlich militärisch erreichbaren Ziele. Wirksame Sanktionen sind nicht schwerer zu verhängen und durchzusetzen, Sanktionsbrüche sind nicht schwerer zu ahnden, als Krieg zu führen. Erst recht fehlt für eine Intervention unter Einsatz bzw. Androhung von Gewalt die ethische Grundlage, um andere Staaten zu sozialen Reformen zu zwingen oder anderen Völkern das eigene Wertesystem überzustülpen.

Jedes Land des Nordens hat seine eigene "Dritte Welt' aus Arbeitslosen, Obdachlosen, Drogenabhängigen und ebenso verfügt jedes Land des Südens über seine eigene "Erste Welt' der Reichen und der mit allen Annehmlichkeiten der Modernität ausgestatteten Eliten. Kein anderes Mittel im Norden setzt die reichen Eliten des Südens wirkungsvoller unter innenpolitischen und moralischen Druck, durch längst überfällige Reformen soziale Gerechtigkeit herzustellen, als die Weiterentwicklung der sozialen Gerechtigkeit und die Verhinderung wachsender neuer Armut in den Industriestaaten des Nordens selbst. Dies ist im Interesse des sozialen Friedens und der Austrocknung von gefährlichen politischen Strömungen, die den Rassismus schüren und Menschen für Scheinlösungen und gegen demokratische Errungenschaften mobilisieren, ohnehin zu einer der dringendsten Aufgaben geworden. Zu einem gleichberechtigten Zusammenleben von verschiedenen Kulturen in den einzelnen Staaten gibt es keine humane Alternative. Durch die Sicherstellung und die Weiterentwicklung der bisher erreichten demokratischen Errungenschaften, den Abbau der Macht– und Gewaltpotentiale, die Überwindung des Patriarchats sowie die Schaffung gleicher Rechte für Minderheiten können die Industrienationen des Nordens am wirksamsten den Demokratisierungsprozess – auch im Süden – unterstützen. Gleichwohl müssen sie die kulturelle Eigenständigkeit und die Wertesysteme anderer Völker respektieren. Entwicklungspolitische Konditionalität kann kurzfristig zur Durchsetzung von international anerkannten Grundrechten – wie beispielsweise des individuellen Menschenrechts – sinnvoll sein, ist jedoch kein taugliches Mittel für eine dauerhafte Demokratisierung und birgt überdies die Gefahr in sich, zur Verschleierung anderer Ziele missbraucht zu werden. Langfristig können sich jedoch nur durch den freien interkulturellen Austausch zwischen unterschiedlichen ethischen Normen universale Werte herausbilden, die von allen Kulturen auf Dauer akzeptiert werden. Ein dauerhafter politisch–ethnischer Konsens zwischen den Völkern ist auch die tragfähigste Grundlage einer noch zu schaffenden universalen Institution der Völkergemeinschaft, die über die erforderliche Glaubwürdigkeit und Autorität verfügt, um das Zusammenleben der Völker in Frieden zu regeln und für globale soziale und ökologische Herausforderungen der Gegenwart Lösungskonzepte zu entwickeln und die Interessen künftiger Generationen zu wahren.

Wissenschaftler und Praktiker,

die in der Entwicklungszusammenarbeit arbeiten, sind genauso wie die politischen Entscheidungsträger aufgefordert, ihrer Verantwortung für die Neugestaltung der Nord–Süd–Beziehungen und globalen Veränderungen nicht nur durch die Erkenntnis, sondern auch durch das Handeln im Sinne der hier dargelegten Prinzipien nach zu kommen.

Fachwissenschaftler verschiedener Disziplinen müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Probleme der Gegenwart in ihrer sozialen, ökonomischen, ökologischen, kulturellen und politischen Tragweite nur durch interdisziplinäre Zusammenarbeit erkannt und angegangen werden können. So ist es dringend erforderlich, dass interdisziplinäre Forschungs– und Lehrstrukturen, dort wo sie bestehen, erhalten und gestärkt werden sowie dort neu geschaffen werden, wo sie nicht existieren. Wissenschaftler müssen ihre technisch–finanziellen Möglichkeiten stärker als bisher für gemeinsame Forschungsvorhaben mit Wissenschaftlern des Südens, den Nord–Süd–Austausch von Forschern, Studenten und Forschungsergebnissen nutzen und ihren Beitrag dazu leisten, dass die Teilhabe des Südens an den wissenschaftlichen Erkenntnissen nicht behindert, dass die Wissenschaft für die Aufrechterhaltung von sozialen und ökonomischen Ungleichheiten zwischen Nord und Süd nicht missbraucht wird.

Wissenschaftler müssen auch viel stärker als bisher bereit sein, die Erfahrungen der Praktiker unmittelbar in ihre Arbeit einzubeziehen. Umgekehrt sind auch die Praktiker aufgefordert nicht aufzuhören, die Wissenschaft mit den aus der eigenen Erfahrungswelt gewonnenen Forderungen zu konfrontieren. Die Mauern der Fachdisziplinen müssen durchlässiger und die Hemmschwellen zwischen Wissenschaft und Praxis überwunden werden. Isoliertes Agieren der Einzelnen reicht nicht aus. Wissenschaftler und Praktiker müssen wesentlich stärker als bisher zusammenrücken und mit ihrem Wissen, ihrer gesamten Autorität und Überzeugungskraft die Menschen und die politisch Verantwortlichen für unvermeidbar gewordene Veränderungen gewinnen. Sie müssen ferner die Entwicklungspolitik kritisch und konstruktiv begleiten und alle Voraussetzungen dafür schaffen, um bei grundsätzlichen Fragen der Entwicklungspolitik wirksam intervenieren zu können.

Unterzeichnerinnen und Unterzeichner:

Naldy Afemann-Vasquez, Osnabrück. Tilman Altenburg, wiss. Mitarbeiter, Marburg. Prof. Dr. Elmar Altvater, Politikwissenschaftler, Berlin. Gabi Amshoff-Hoppmann, Aktionszentrum Dritte Welt, Osnabrück. Prof. Dr. Ursula Apitzsch, Pädagogin, Frankfurt. Bernd Asbach, Koordinator, Göttingen. Prof. Dr. Klaus-J. Bade, Historiker, Osnabrück. Joachim Badelt, wiss. Mitarbeiter Berghof-Institut, Berlin. Regina Begander, Hannover. Dr. Arnulf Bojanowski, freier Wissenschaftler, Kassel. Norbert Böker, Student, Osnabrück. Reinhold Bömer, Pädagoge, Barnstorf. Dr. Carl-H. Bösling, Fachbereichsleiter Volkshochschule, Osnabrück. Prof. Dr. Dieter Boris, Soziologe, Marburg. Dr. Dieter Borsutzky, wiss. Mitarbeiter, Bielefeld. Dr. Gerald Braun, Wirtschaftswissenschaftler, Rostock. Dr. Michael Brzoska, Friedensforscher, Hamburg. Internationalismusbeirat des Buntstift, Göttingen. Prof. Dr. Andreas Buro, Politikwissenschaftler, Grävenwiesbach. Dr. Tatiana Chahoud, German Watch, Berlin. Prof. Dr. Helma Chrenko, wiss. Projektmitarbeiter, Berlin. Roshan Dhunjiboyh, Journalistin, Köln. Kalilou Diaby, wiss. Mitarbeiter, Hamburger Senat. Gabi Eichner, Studentin. Michael Eisele, Student, Osnabrück. Dr. Erhard Eppler, Schwäbisch Hall. Dr. Tilman Evers, Referent, Hofgeismar. Dr. Brigitte Fahrenhorst, Berlin. Dr. Mir A. Ferdowski, Politikwissenschaftler, München. Prof. Dr. Walter Frantz, UNIJUI, Brasilien. Prof. em. Dr. Günter Freudenberg, Philosoph, Dachsberg. Gertraud Gauer-Süss, Studentin, Bremen. Helmut Geist, Würzburg. Axel Goldau, Vorsitzender VFLU, Wiesbaden. Dr. Jörg Goldberg, wiss. Mitarbeiter, Frankfurt/M. Christopher Goldschmidt, Medienpädagoge, Berlin. Prof. Dr. Horst Grienig, stellv. Institutsdirektor, Berlin. Dr. Ingrid Grienig, AG-Leiterin bei KAI e.V., Berlin. Dr. Hans-Jürgen Harborth, Wirtschaftswissenschaftler, Aachen. Christine Harth, Mainz. Prof. Dr. Ingomar Hauchler, MdB, Bonn. Wolfgang Hein, Hamburg. Paul Hell, Referent, Bad Boll. Dr. Werner Hennings, Geowissenschaftler, Bielefeld. Irina Hetsch, wiss. Mitarbeiterin, Berlin. Gunther Hilliges, Landesamt für Entwicklungspolitik, Bremen. Christine Höbermann, Hannover. Dr. Sabine Hofmann, Politikwissenschaftlerin, Berlin. Dr. Arndt Hopfmann, wiss. Mitarbeiter, Berlin. Prof. Dr. Walter Hundt, Arbeitsgruppenleiter Dritte Welt, Potsdam. Ernst-Ludwig Iskenius, Arzt, IPPNW, Villungen. Sigrid Jaenicke, Bissendorf 2-Wulften. Jörg Joswiak, Hamburg. Christiane Kahrmann, Frankfurt. Dr. Emmanuel Kamdem, Geneve/Schweiz. Dr. Robert Kappel, Bremen. Heiko Kauffmann, Inlandsreferent v. terre des hommes, Osnabrück. Dr. Verena Kollin-Hüssen, wiss. Mitarbeiterin, Düsseldorf. PD Dr. Reinhart Kößler, Soziologe, Münster. Th.-Felix Krause, Braunschweig. Dr. Michael Krempin, Politikwissenschaftler, Braunschweig. Oliver Krems, Kindernothilfe e.V., Duisburg. PD Dr. Thomas Krings, Kulturgeograph, Freiburg. Dr. Manfred Kulessa, Geschäftsführer AGKED, Bonn. Hanne Kunz, Vorsitzende der Initiativgruppe 3. Welt, Bietigheim. Dorothee Laarmann, Osnabrück. Margitta Lenz, Studentin, Hannover. Hildegard Lingnau, Berlin. Klaus Linsenmeier, Koordinator Internationalismus, Göttingen. Dr. Peter Lock, Friedensforscher, Hamburg. Gudrun Loose, wiss. Mitarbeiterin Agrarwissenschaften, Berlin. Bernd Ludermann, Hamburg. Dr. Walter Lükenga, Geowissenschaftler, Osnabrück. Prof. Dr. Utz Maas, Sprachwissenschaftler, Osnabrück. Prof. Dr. Ulrich Mai, Geowissenschaftler, Bielefeld. Jörg Mayer, Studienleiter, Loccum. Monika Meisterernst, Frankfurt. Dr. Jochen Menzel, Bundesvorsitzender v. terre des hommes, Hamburg. Prof. Dr. Mertins, Geowissenschaftler, Marburg. Prof. Dr. Klaus Meschkat, Soziologe, Hannover. Eileen Meyer, Studentin, Bad Essen. Otto Meyer, Studentenpfarrer, Münster. Dr. Rolf Minhorst, Leiter d. EG-Hochschulbüros, Osnabrück. Andreas Mischkin, Hamburg. Joachim Möller, wiss. Mitarbeiter, Bielefeld. Nikolaus Müller, terre des hommes, Osnabrück. Dr. Olaf Müller, Arzt, Berlin. Prof. Dr. Clarita Müller-Plantenberg, Berlin. Dr. Urs Müller-Plantenberg, Lateinamerika-Experte, Berlin. Marlen Nebelung, Berlin. Dr. Pierre Klamon Ngakoutou, wiss. Mitarbeiter, Kassel. Bruno Ortmanns, Soziologe, Aachen. Renate Otte, Studentin, Recke. Dr. Johannes Otto, Bevölkerungswissenschaftler, Wiesbaden. Georgios Papanikolaóu, Soziologe. Irmgard Pinn, wiss. Mitarbeiterin Soziologie, Aachen. Dr. Christoph Preu, Geowissenschaftler, Augsburg. Eva Quistorp, Europaabgeordnete, Berlin. Dr. Theo Rauch, Geowissenschaftler, Berlin. Susanne Rieger, Liberacion-Werkstatt für Entwicklung und Frieden e.V., Hannover. Uwe Rolf, Soziologe, Osnabrück. Prof. Dr. Claus Rolshausen, Soziologe, Osnabrück. Heiko Saebel, Student, Langenhagen. Dr. Rudolf Schepers, Erziehungswissenschaftler, Osnabrück. Prof. Dr. Hartmut Schilling, wiss. Projektmitarbeiter Ost-

Süd-Zusammenarbeit, Berlin. Prof. Dr. Wulf Schmidt-Wulffen, Didaktiker, Hannover. Dr. Helmut Schneider, Geowissenschaftler, Düsseldorf. Prof. Dr. Fred Scholz, Geowissenschaftler, Berlin. Dr. Barik Schuber, Berater f. techn. Zusammenarbeit, Frankfurt. Harald Schütt, Geschäftsführer, Bremen. Dr. Rainer Schweers, Entwicklungspolitiker, Osnabrück. Dr. Joshua Sempebwa, Historiker/Entwicklungspolitiker, Osnabrück. Prof. Dr. Dieter Senghaas, Politikwissenschaftler, Bremen. Amir Sereshk, Osnabrück. Prof. em. Dr. Elisabeth Siegel, Pädagogin, Osnabrück. Prof. Dr. Christian Sigrist, Soziologe, Münster. Dr. Karin Stahl, Referentin, Stuttgart. Dr. Bärbel Stark, wiss. Mitarbeiterin, Berlin. Uwe Steen, Soziologe, Kassel. Prof. Dr. Peter Stier, Projektleiter Ost-Süd-Zusammenarbeit, Berlin. Reinhard Stolle, Aktionszentrum Dritte Welt, Osnabrück. Ute Széll, Quernheim. Dr. Barbara Töpper, wiss. Mitarbeiterin Lateinamerika-Institut, Berlin. Anke Uhlenwinkel, Referendarin, Bremen. Barbara Unmüßig, Vorstandsvorsitzende WEED, Bonn. Laura Vitale, Cali/Kolumbien. Prof. Dr. Arnold Voigt, stellv. Projektleiter Ost-Süd-Zusammenarbeit, Berlin. Ludger Volmer, Sprecher der GRÜNEN, Bonn. Prof. Dr. Gerd v. Wahlert, Zoologe, Ingersheim 2. Heidi Wedel, Berlin. Dr. Rainer Werning, Asienstiftung, Frechen 4. Kerstin Weßler, Lotte. Otto Wetzig, Osnabrück. Claudia Wilking, Studentin, Lüneburg. Wiebe Winter, wiss. Mitarbeiterin, Hannover. Volker Wirth, Berlin. Franz Wirtz, Aktionszentrum Dritte Welt, Osnabrück. Patrick Wurster, Osnabrück.